



G8-Agenda: Vorfahrt für Afrika

Unser Nachbarkontinent braucht Unterstützung
„von oben“ und „von unten“



Inhalt

Einleitung	3
Auf einen Blick: „To Do’s“ für den G8-Gipfel	4
1. Afrika – ein Kontinent mit schwieriger Ausgangslage	5
2. Die deutsche G8-Agenda	6
3. Defizite der Agenda	6
4. Entwicklung braucht gesellschaftliche Akzeptanz.....	7
5. Das Geld richtig einsetzen	9
6. Afrikas Arme sind Kleinbauern.....	10
Statements von Experten.....	13
I. Weg von „billiger Demokratie“, hin zu Partnerschaft im Klimawandel	
II. Förderung der Afrika-Agenda für gute Regierungsführung und Wirtschaftsentwicklung	
Anhang.....	21

Impressum:

Autoren:

Dr. Johannes Schradi (S. 5 - 12)

Dr. Andreas Mehler (S.13 -16)

Prof. Emmanuel Gyimah-Boadi (S.17 - 20)

Redaktion:

Dr. Iris Schöninger

Verantwortlich:

Uli Post

Herausgeber:

Deutsche Welthungerhilfe

Friedrich-Ebert-Str. 1

53173 Bonn

Tel. 0228-22 88-0

Fax 0228-22 88 333

www.welthungerhilfe.de

Gestaltung:

neues handeln GmbH, Köln

Druck:

Druckhaus Süd, Köln

Bestellnummer:

460-3005

Titelfoto:

Olivier Föllmi/laif

Bonn, Mai 2007

Einleitung

„Afrika ist nicht jenseits von uns.“

Bundespräsident Horst Köhler

Nach einer ersten großen Initiative Großbritanniens vor zwei Jahren steht Afrika beim diesjährigen G8-Gipfel vom 6.-8. Juni wiederum prominent auf der G8-Agenda. „Es ist Zeit für eine Gesamtstrategie gegenüber unserem Nachbarkontinent“, forderte Bundespräsident Horst Köhler unlängst, denn „Afrika ist nicht jenseits von uns.“

Offensichtlich ist inzwischen: Die Zukunft Afrikas und Europas haben unmittelbar miteinander zu tun. So beispielsweise mit Blick auf die Flüchtlingsströme aus den Armut- und Konfliktregionen des riesigen Kontinents oder die klimatischen Veränderungen, wenn im Kongo der Regenwald abgeholzt wird. Schwache oder zerfallende Staaten sind Ursache zunehmender Sicherheitsprobleme, auch ist der globale Wettbewerb um die enormen Bodenschätze Afrikas in vollem Gange.

Deshalb muss die Agenda der Bundesregierung für ihre G8- und EU-Ratspräsidentschaft hinterfragt werden, ob sie tatsächlich die zentralen Probleme und Herausforderungen für den afrikanischen Kontinent im Blick hat: So beispielsweise, wenn die deutsche Agenda auf bessere Investitionsbedingungen setzt. Oder auf Klimaschutz und die Verbreitung regenerativer Energien, aber auch auf die Etablierung von „Reformpartnerschaften“ mit ausgewählten und bereits gut funktionierenden Staaten.

Ein wichtiges Anliegen der Deutschen Welthungerhilfe ist es, auf Lücken und Schwachpunkte in der Agenda hinzuweisen. Auch auf die Tatsache, dass die Situation in Afrika sehr facettenreich ist und es nicht nur ein Afrika gibt. „Blinde Flecken“ hat die G8-Agenda, wenn es um die unmittelbare Unterstützung Hungernder und die Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten und Förderung politischer Mitbestimmung geht. Die Förderung des ländlichen Raums wird von der Politik seit Jahren sträflich vernachlässigt – und dies in einem Kontinent, in dem drei von vier Menschen Kleinbauern sind und die Subsistenzlandwirtschaft für die meisten das Überleben sichert.

Dieses Diskussionspapier der Welthungerhilfe – ergänzt durch Statements von Dr. Andreas Mehler (Afrika-Institut, Hamburg) und Prof. Emanuel Gyimah-Boadi (Universität Accra, Ghana) – ist ein Beitrag der weltweiten Kampagne „Deine Stimme gegen Armut“ (www.deine-stimme-gegen-armut.de), die in Deutschland vom Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen VENRO koordiniert wird: Ziel ist es, von den Regierungen der Industrieländer einzufordern, dass sie ihre Zusagen einlösen und Ernst machen mit konkreten und dringend notwendigen Maßnahmen zur weltweiten Armutsbekämpfung.

Auf einen Blick: „To Do’s“ für den G8-Gipfel

Zwar greift die G8-Agenda der Bundesregierung zu Afrika wichtige Themen auf. Doch entscheidende Punkte fehlen oder Schwerpunkte werden falsch gesetzt:

1. Hunger sofort bekämpfen:

Die Bundesregierung geht davon aus, dass eine Förderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen automatisch zum Rückgang von Hunger und Armut führt. Doch ein wirtschaftlicher Aufschwung ist Zukunftsmusik, während 206 Millionen Afrikaner zur unmittelbaren Existenzsicherung sofortige Unterstützung benötigen. Hierbei spielen Strategien zur Ernährungssicherung und HIV/Aids-Bekämpfung eine zentrale Rolle: auch in Ländern, in denen der Staat schwach ist oder die von Kriegen heimgesucht werden.

2. Ländliche Entwicklung fördern:

Ohne eine massive Kehrtwende in der Entwicklungspolitik wird die internationale Gemeinschaft das Ziel verfehlen, den Anteil der Hungernden bis 2015 zu halbieren. Sträflich vernachlässigt wird derzeit die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Prozentual ist der Anteil für ländliche Entwicklung an allen staatlichen Entwicklungsgeldern zwischen 1995 und 2005 von zwölf auf drei Prozent zurückgegangen. Zwar wurde dieses Manko bereits als Versäumnis erkannt, doch auf der G8-Agenda fehlt das Thema völlig.

3. Basis des Staats stärken:

Länder mit guter Regierungsführung durch „Reformpartnerschaften“ zu belohnen, kann den Erfolg armutorientierter Entwicklungsprojekte begünstigen. Allerdings nur, wenn parallel dazu die Betroffenen ihre Bedürfnisse äußern können und zivilgesellschaftliche Initiativen gestärkt werden. Entwicklungspolitische Ansätze auf staatlicher Ebene müssen durch Aktivitäten „von unten“ ergänzt werden.

4. Klimawandel abfedern:

Afrika gehört zu den Kontinenten, auf denen sich die Folgen des Klimawandels am dramatischsten auswirken. In einigen Ländern wird aufgrund der Erwärmung landwirtschaftlicher Anbau in heutiger Form nicht mehr oder nur noch sehr rudimentär möglich sein. In diesem Zusammenhang wichtig ist zwar die auf der Agenda vorgesehene Förderung regenerativer Energien verbunden mit der Garantie, dass diese einer breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Von entscheidender Bedeutung sind allerdings Anpassungsmaßnahmen zur Wasserverfügbarkeit und Landwirtschaft, um die Folgen des Klimawandels abzufedern.

5. Entwicklungsgelder erhöhen:

Die deutsche Agenda hat die vor zwei Jahren gemachten und bisher nicht eingehaltenen Zusagen während der britischen G8-Präsidentschaft aus dem Blick verloren. Die finanziellen Mittel für Entwicklungsarbeit in Afrika sollten massiv – und zwar bis 2010 jährlich um mindestens 25 Milliarden Dollar – erhöht werden. Die von der Bundesregierung angekündigte „Einmalzahlung“ von je einer Milliarde Euro zur HIV/Aids-Bekämpfung und für Bildung bzw. Ausbildung muss konsequent aufgestockt werden – auch mittels neuer Finanzierungs- und Steuerungsinstrumente wie einer Flugticket-Abgabe und einer Kerosinsteuer.

1. Afrika – ein Kontinent mit schwieriger Ausgangslage

Im Jahr 2000 hat sich die Weltgemeinschaft dazu verpflichtet, die UN-Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Zu den wichtigsten zählen: Halbierung der extremen Armut bis zum Jahr 2015, Halbierung der Zahl der Hungernden, Schulbildung für alle Kinder, eine bessere Gesundheitsversorgung und Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen.

Der UN-„Bericht über die menschliche Entwicklung“ zieht jährlich Bilanz über die Umsetzung der Millenniumsziele: An erster Stelle unter den afrikanischen Kontinentalländern südlich der Sahara rangiert laut Index im neuesten Bericht Südafrika, und zwar auf Platz 121. Von weltweit 177 untersuchten Ländern befindet es sich im letzten Drittel, obwohl das Land zu den Vorzeigestaaten und damit Hoffnungsträgern für eine bessere Entwicklung ganz Afrikas zählt. Die weitere Rangfolge machen die anderen afrikanischen Länder nahezu unter sich aus. Schlusslichter sind Niger, Sierra Leone, Mali. Ein anderer „Hoffungsstaat“, Mosambik, rangiert nur auf dem 168. Platz.

Soll: Von der Erreichung dieser Ziele ist Subsahara-Afrika weit entfernt. Ein Drittel aller Kinder ist unterernährt. Bis zu 40 Millionen Menschen sind auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. An der Pandemie HIV/Aids starben allein im Jahr 2006 etwa 2,1 Millionen Menschen – mit allen sozialen und wirtschaftlichen Folgen für den Kontinent. Fast jeder zweite Afrikaner hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. In weiten Regionen herrscht Mangel an für die Landwirtschaft ertragreichen Böden. Mangelnde Gleichstellung der Frauen drückt massiv die Wirtschaftsleistung. Kriege, bewaffnete Konflikte und Staatsverfall machen vielerorts jede Aussicht auf Besserung zunichte. Viele Länder sind zwar reich an Rohstoffen. Allein die Einnahmen afrikanischer Länder aus dem Ölgeschäft schätzen Fachleute auf 200 Milliarden Dollar in den nächsten 10 Jahren. Allerdings findet eine Umverteilung zugunsten der Armen im eigenen Land nicht oder nur ungenügend statt, dafür blüht die Korruption zugunsten kleptokratischer Eliten.

An vielem sind die Industrieländer mitschuldig. Der Anteil Schwarzafrikas am Welthandel beträgt gerade einmal zwei Prozent, was an der eigenen Strukturschwäche liegt. Aber auch daran, dass die Industrieländer nicht bereit sind, ihre Zölle abzu-

bauen und ihre Märkte für afrikanische Waren zu öffnen. Hohe Agrarsubventionen in einigen Industrieländern sind Ursache dafür, dass keine tragfähige landwirtschaftliche Produktion in Afrika entstehen kann wie beispielsweise bei der Baumwollproduktion. Auch der Klimawandel wird maßgeblich von den Industrieländern verursacht und führt gerade in Afrika zu dramatischen Auswirkungen wie immer häufigeren Dürren, Überschwemmungen oder verheerenden Wirbelstürmen. Langfristig könnten weite Teile des Kontinents unbewohnbar werden.

Haben: Doch es gibt auch positive Entwicklungen. Eine Reihe afrikanischer Staats- und Regierungschefs haben sich im Jahr 2001 zu einer Reformpartnerschaft (NEPAD) im Rahmen der Afrikanischen Union zusammengeschlossen. Sie wollen nicht länger Almosenempfänger sein, sondern dafür sorgen, dass ihre Länder vorwärtskommen: mittels guter Regierungsführung (*Good Governance*), nationaler Programme zur Armutsbekämpfung und gemeinsamer Anstrengungen zur Friedenssicherung. Die Afrikanische Union bekennt sich klar zu der Aufgabe, die Gleichstellung von Mann und Frau zu fördern („Solemn Declaration on Gender Equality in Africa“).

In Ländern, die von der internationalen Gemeinschaft entschuldigt wurden, um solche Eigeninitiativen zu stützen, sind die Ausgaben für Schulen, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen zum Teil deutlich gestiegen. In Tansania hat sich die Anzahl der Grundschüler von 800.000 auf 1,6 Millionen verdoppelt. Einzelne Länder wie Uganda, Senegal oder Sambia machen Fortschritte bei der Eindämmung von Aids, der Geißel des ganzen Kontinents; die Neuinfektionen gingen um bis zu zwei Drittel zurück – während sie anderswo noch steigen. Selbst Ländern, die im *Human Development Index* im letzten Viertel rangieren wie Ghana (136) oder Mosambik (168), gelang es, die Zahl der Hungernden deutlich zu reduzieren, in Ghana um mehr als die Hälfte. Nicht wenige Länder Afrikas haben seit einigen Jahren ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich fünf bis sechs Prozent, ein rohstoffreicher Staat wie Angola erreichte kürzlich 26 Prozent. Allerdings hat dies nicht automatisch positive Auswirkungen auf die Lebenssituation der breiten Bevölkerung, vor allem der Menschen auf dem Land. Entscheidend ist vielmehr, ob diese Gelder durch Korruption veruntreut oder gezielt für die Ärmsten eingesetzt werden.

2. Die deutsche G8-Agenda

Die Absicht, für Afrika mehr zu tun, ist nicht neu. 2005 hatte die G8 zuletzt unter britischem Vorsitz das Thema ins Zentrum gerückt. Versprochen wurde dem schwarzen Kontinent vor allem mehr Geld – genauer: Bei einer Verdoppelung der Mittel für alle Entwicklungsländer auf jährlich 50 Milliarden Dollar bis 2010 sollte Afrika davon jeweils mindestens 25 Milliarden Dollar zusätzlich erhalten. Ein Versprechen, das bisher nicht ansatzweise eingelöst wurde. Dennoch werden die Schwerpunkte in diesem Jahr ausdrücklich anders gesetzt. Die Begründung: Öffentliche Entwicklungshilfegelder allein können kein nachhaltiges Wachstum bewirken, es müssen private Investitionen hinzukommen wie auch die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Konkret werden folgende thematische Schwerpunkte benannt:

- **Investitionen und gute Regierungsführung:** Unterstützt werden sollen vor allem die Länder, deren Regierungen soziale und politische Reformen voranbringen und die notwendigen Voraussetzungen für private Investitionen schaffen (Infrastruktur, Institutionen). Zugleich soll auf kontrollierte und armutsorientierte Verwendung der Gewinne aus dem Abbau der Rohstoffe Afrikas und auf Korruptionsbekämpfung hingewirkt werden. Über Weltbank und Afrikanische Entwicklungsbank soll der Zugang zu Mikrokrediten erleichtert werden. Länder, die sich kooperativ zeigen, sollen mit sogenannten Reformpartnerschaften belohnt werden.
- **Klima, Energie, Umwelt:** Den dramatischen Veränderungen aufgrund des globalen Klimawandels soll – neben CO₂-Reduktionen in den Industrieländern – mit dem forcierten Einsatz erneuerbarer Energien und Programmen für mehr Energieeffizienz in den Entwicklungsländern begegnet werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen, äußerst alarmierenden UN-Klimaberichte (IPCC) fordern die G8-Entwicklungsminister außerdem, dass Entwicklungsländer gezielte Unterstützung zur Abfederung der Folgen des Klimawandels erhalten.
- **Aids-Bekämpfung:** Der Kampf gegen die Pandemie soll deutlich verstärkt werden mit besonderem Augenmerk auf die wachsende Gefährdung von Frauen: Ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit soll verbessert, ihre Gleichberechtigung gefördert werden.

- **Frieden und Sicherheit:** Der laufende Aufbau einer innerafrikanischen Sicherheitsarchitektur unter dem Dach der Afrikanischen Union soll weiter vorangetrieben werden.
- **Regionale Integration:** Wirtschaftlich und politisch soll eine stärkere regionale Integration und Kooperation sowohl innerhalb des G8- wie des EU-Rahmens gefördert werden. Auf der EU-Agenda steht außerdem bis Ende 2007 der Abschluss von – in ihrer „Entwicklungsorientierung“ stark umstrittenen – neuen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit den 78 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik).

3. Defizite der Agenda

Es gibt gute Gründe, auf der Makroebene anzusetzen, wie es die Bundesregierung mit ihrer G8-Agenda tut, das heißt: über Einflussnahme auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und über die Förderung guter Regierungsführung eine bessere Entwicklung zu fördern. Einer Entwicklungspolitik „von oben“ mehr Gewicht zu geben, ist wichtig und richtig. Wo schlechte Regierungsführung und Korruption herrschen, geht der Reichtum Afrikas für die Bevölkerung verloren; Verhaltensregeln wie die *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) zur Rohstoffausbeutung sind notwendig. Wo Kriege und bewaffnete Konflikte Armut und Not vergrößern, muss politisch und notfalls auch militärisch gegengesteuert werden. HIV/Aids macht bisherige Entwicklungserfolge zunichte, deshalb muss auch der Staat die Bekämpfung zu einem prioritären Anliegen machen: bei der Aufklärung wie auch beim Aufbau eines leistungsfähigen Gesundheitssystems. Und wenn der globale Klimawandel zu noch schlimmeren Dürren führt als ohnehin schon, muss mit staatlichen Regelungen eingegriffen werden – beispielsweise zugunsten einer bevorzugten Nutzung regenerativer Energien oder der Erhaltung von Wäldern.

Aber wie schnell oder wie langsam verbesserte Rahmenbedingungen auch zu ganz konkreten Verbesserungen für die Menschen, zu mehr „menschlicher Sicherheit“ führen, vermag niemand verlässlich zu sagen. Neben der personellen und institutionellen Stärkung staatlicher Verwaltungsstrukturen (*Capacity Building*) muss die Bevölkerung durch Aus- und Fortbildung gestärkt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen dabei unterstützt werden, staatliches Handeln mitzugestalten und

kritisch zu begleiten – etwa um die Korruption einzudämmen und über die armutsorientierte Verwendung staatlicher Einnahmen zu wachen. Gute Regierungsführung (*Good Governance*) wie auch zivilgesellschaftliche Teilhabe müssen nicht nur auf höchster Ebene gefördert und ermöglicht werden, sie müssen gleichermaßen auf regionaler und lokaler Ebene ermöglicht werden. Entwicklung „von oben“ muss durch Entwicklung „von unten“ flankiert sein, um eine breite Mitgestaltung und Akzeptanz und damit auch Nachhaltigkeit zu garantieren.

In diesem Kontext spielt auch Grundbildung als der Schlüssel für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung eine entscheidende Rolle. Sie ist die Grundlage für bessere Lebensstandards und demokratische Gesellschaften. Investitionen im Bereich Bildung sind langfristige Investitionen in Entwicklung und Frieden. Die Staats- und Regierungschefs der G8 haben bei ihrem Gipfel 2002 in Kananaskis neben dem Beschluss zur Unterstützung der afrikanischen NEPAD-Initiative auch ein Dokument zur Zusammenarbeit im Bereich der Grundbildung angenommen: *A New Focus on Education for All*. Parallel dazu entstand der Aktionsplan der Weltbank zur Förderung umfassender Grundbildung in Entwicklungsländern (Education for all fast Track Initiative). Beide Ansätze ergänzen sich zur nachhaltigen Umsetzung der auch in der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen festgehaltenen Grundbildungsziele. Doch trotz dieser Initiativen sind die Herausforderungen im Bildungsbereich weiterhin groß. Die Lage in vielen Ländern, besonders in Afrika, bleibt dramatisch.

Hinzu kommt: Bei Weitem nicht alle Hilfe, die die internationale Gebergemeinschaft zugesagt hat, wird tatsächlich gewährt. So ist zum Beispiel Deutschland bisher weit davon entfernt, seine Entwicklungshilfeleistungen bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttoinlandprodukts und bis 2015 auf 0,7 Prozent aufzustoßen. Derzeit liegt diese Quote bei nur 0,36 Prozent. Die beim G8-Gipfel 2005 beschlossene Verdoppelung der Mittel für Afrika bis 2010 auf mindestens 25 Milliarden Dollar jährlich steht bis jetzt nur auf dem Papier. Zur Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente für Entwicklungsaufgaben wie zum Beispiel einer Abgabe auf Flugtickets hat sich die Bundesregierung – im Gegensatz zu 18 anderen Staaten – bis heute nicht verpflichtet.

Und über Erfolg oder Misserfolg der UN-Millenniums-Ziele wird auch in Afrika auf dem Land entschieden. Noch leben fast 80 Prozent der Hungernden weltweit dort und nicht in den Städten und Ballungsräumen. Doch südlich der Sahara ist die Landflucht

in vollem Gang – mit der Folge schnell fortschreitender Slumbildung in den Städten. Soll diese Entwicklung aufgehalten werden, muss gerade auch den Menschen auf dem Land eine Perspektive geboten werden, die bisher auf der deutschen Agenda überhaupt nicht berücksichtigt werden.

Hierbei gilt: Wo nicht nur Regierungen die Definitionshoheit über Entwicklung haben, sondern zivilgesellschaftliche Kräfte darüber mitbestimmen, was am nötigsten gebraucht wird und wie die vorhandenen Ressourcen eingesetzt werden, gelingt Armuts- und Hungerbekämpfung nachhaltig. Die Stärkung der Zivilgesellschaft hat deshalb für die Welthungerhilfe hohe Priorität.

4. Entwicklung braucht gesellschaftliche Akzeptanz

Ganz oben auf der deutschen Afrika-Agenda steht das Thema gute Regierungsführung (*Good Governance*). Afrikanische Länder, die sich durch gute Regierungsführung auszeichnen, sollen belohnt werden. Die Rede ist von sogenannten Reformpartnerschaften. Der Ansatz ist nicht neu, aber zweischneidig. Denn eine Entwicklungspolitik, die die einen – die *Good Performers* – belohnt und andere – die *Bad Performers* – kurzhält oder gar bestraft, löst die Hunger- und Notsituation der Menschen nicht, die in einem Land mit schlechter Regierungsführung leben.

In Ländern mit guter Regierungsführung und dem erklärten Willen, die Armut im Land zu mindern, wirkt die Welthungerhilfe daran mit, dass dies so wirksam und nachhaltig wie möglich geschieht: Sie unterstützt von Hunger und Armut unmittelbar Betroffene nicht nur dabei, dass sie ihre unmittelbare Lebenssituation aktiv verbessern. Unterstützung erhalten sie ebenfalls, um ihre Interessen und Bedürfnisse auch gegenüber Regierungen oder lokalen Verwaltungsstellen geltend zu machen: Indem sie sich als Selbsthilfegruppen oder -organisationen zusammenschließen und gemeinsame Anliegen öffentlich vertreten. Das kann ebenso die Forderung nach einer Wasserversorgung fürs eigene Dorf sein wie die Einforderung des Rechts auf Nahrung oder die Aufforderung an die eigene Regierung, die Verwendung der Staatseinnahmen offenzulegen.

In Ländern mit schlechter Regierungsführung, bei akuten Katastrophen und in gewaltsamen Konflikten sind diese Maß-

nahmen für eine Nichtregierungsorganisation wie die Welthungerhilfe nicht möglich. Hier leistet sie in erster Linie humanitäre Hilfe. Schnellstmöglich beteiligt sie sich am Wiederaufbau und hilft – zum Beispiel mit Saatgut und fachlicher Beratung –, dass langfristig wieder eine landwirtschaftliche Produktion aufgebaut werden kann. Auch hier versucht sie, zivilgesellschaftliche Partner vor Ort zu einer Beteiligung an der Aufbauarbeit zu ermutigen und sie im Rahmen der Möglichkeiten zu stärken.

Zivilgesellschaften stärken

Die Förderung zivilgesellschaftlicher Teilhabe ist ein essentielles Element zur Förderung guter Regierungsführung, wie sie die Bundesregierung in ihrer G8-Agenda verfolgt. Das gilt umso mehr, als Zivilgesellschaften und zahlreiche nationale und internationale Hilfsorganisationen in vielen Entwicklungsländern Aufgaben übernehmen, die eigentlich vom Staat gewährleistet werden müssten: indem sie beispielsweise eine Gesundheitsversorgung anbieten oder für Aus- und Fortbildungen sorgen. Gerade in zerfallenden Staaten oder in Ländern mit schlechter Regierungsführung, aus denen sich die staatliche Entwicklungszusammenarbeit aus politischen oder Sicherheitsgründen zurückgezogen hat, sind diese zivilen Kräfte oft die einzigen, die überhaupt noch gemeinwesenorientierte Arbeit leisten.

Für Entwicklung „von unten“

Dabei geht es ums Prinzip: Die Welthungerhilfe ist der Überzeugung, dass die Situation in den Entwicklungsländern vor allem von der Bevölkerung selbst verändert werden kann. Politische Veränderungen können von außen angestoßen werden, umgesetzt werden müssen sie eigenverantwortlich und sozusagen „selbsttragend“. Sich auf kompetente Partner vor Ort zu stützen, garantiert nicht nur kurze Wege und sicheres Wissen darum, was die Menschen brauchen und was sie leisten können. Zivilgesellschaftliche Partner können auch am besten Veränderungen von innen vorantreiben und dafür sorgen, dass die von außen eingebrachte Hilfe nachhaltig wirkt.

Anders ausgedrückt: Die Arbeit der Welthungerhilfe und anderer Organisationen, die „vor Ort“ tätig sind, ergänzt sich teilweise mit Maßnahmen staatlicher Entwicklungszusammenarbeit und damit auch der G8-Agenda. Mit einem gewichtigen Unterschied: Während die Bundesregierung hauptsächlich „oben“, also auf Regierungsebene und im Rahmen globaler Strukturpolitik anzusetzen sucht, bauen nichtstaatliche Hilfsorganisationen, so auch die Welthungerhilfe, gezielt auf „Entwicklung von unten“.

BEISPIEL MOSAMBIK:

Partizipation ist ausdrücklich erwünscht

Erst Dürren, dann Überschwemmungen – zuletzt ein schwerer Wirbelsturm, der im Februar 2007 Schulen, Gesundheitszentren und die Häuser von Tausenden zerstörte. Noch immer findet sich Mosambik laut UN-Index der menschlichen Entwicklung (HDI) auf dem 168. von 177 Plätzen. Und doch gibt es positive Entwicklungen im Land: Die Armut konnte deutlich reduziert werden. Die Wirtschaft wächst. Die Zahl der Kinder, die zur Schule gehen, hat sich verdoppelt.

Der Grund: Die Regierung macht Ernst mit der Armutsbekämpfung. Im Gegenzug zu einer umfänglichen Entschuldung und weiteren Entwicklungsgeldern hat sie ein nationales Programm aufgelegt – und die Zivilgesellschaft redet mit, was vordringlich zu geschehen hat.

Zivilgesellschaft – das ist in Mosambik zum Beispiel die „Gruppe der 20“ (G-20), ein Zusammenschluss von entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs), Gewerkschaften und privatwirtschaftlichen Verbänden. „Die Regierung hat vieles aufgegriffen, was wir gefordert haben“, sagt NRO-Vertreter Paulo Cuinica. So werden jetzt kleine und mittlere Betriebe bevorzugt gefördert. Auf Distriktebene sorgen Beiräte der G-20 dafür, dass auch die Menschen aus den Dörfern Gehör finden. Defizite werden ebenfalls benannt: Zum Beispiel, dass es zu wenig Kredite für Kleinbauern gibt – und zuviel Wirtschaftskriminalität. Das hat ein eigener Armutsbericht der G-20 für das Jahr 2005 festgehalten.

Die Partnerorganisation der Welthungerhilfe in Mosambik, KULIMA, ist Mitglied des Bündnisses. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt im landwirtschaftlichen Bereich: Sie unterstützt und berät bei der Produktion und Vermarktung, denn über 70 Prozent der Mosambikaner leben auf dem Land. Daneben wirkt KULIMA darauf hin, dass die Zivilgesellschaft Mosambiks weiter gestärkt wird. So unterstützen die über 300 Mitarbeiter zum Beispiel die Bildung von Bauernvereinigungen und setzen sich dafür ein, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten von Frauen wachsen. Auch HIV/Aids-Aufklärung und die Arbeit mit Straßenkindern gehören zu den Aufgaben.

Die Welthungerhilfe arbeitet mit KULIMA eng zusammen. Ein „Memorandum of Understanding“ stellt sicher, dass beide Organisationen am selben Strang ziehen: zielgenaue Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und die unmittelbar Betroffenen aus Armut und Not zu befreien.

5. Das Geld richtig einsetzen

Entwicklungshilfe darf kein Fass ohne Boden sein. Entwicklungszusammenarbeit – ob staatliche oder nichtstaatliche – muss möglichst effektiv die Adressaten erreichen. In der Studie „Herausforderung Hunger“ errechneten das Washingtoner *International Food Policy Research Institute* (IFPRI) und die Welthungerhilfe Ende 2006: Wer Hunger und Armut bekämpfen will, erzielt den höchsten Effekt pro eingesetztem Dollar Hilfsgeld dann, wenn er die ländliche Infrastruktur verbessert – etwa durch den Bau von Straßen, Bewässerungssystemen oder die Förderung kleinbäuerlicher Betriebe. Und auch der Schutz der Umwelt und des Klimas hat unmittelbar mit der ländlichen Entwicklung zu tun. Auf Rang zwei und drei folgen Bildung und Gesundheitsversorgung.

Unbestritten ist: Ohne die Bereitstellung von wesentlich mehr Geld kann der enorme Entwicklungsrückstand, den Afrika gegenüber anderen Weltregionen hat, nicht überwunden werden. Schon gar nicht bis zum Jahr 2015 – dem Jahr, in dem die UN-Millenniums-Ziele erreicht sein sollen. Doch wie das Geld einsetzen, damit es seinen Zweck auch erfüllt?

In der Pariser Deklaration zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit vom Frühjahr 2005 haben die EU-Mitgliedsstaaten beschlossen, ihre Hilfsgelder abgestimmter und koordinierter als bisher an die Empfängerländer zu vergeben – in der Hoffnung, die Effizienz zu erhöhen und Synergieeffekte zu schaffen. Konkret geht es um Budget- und Programmhilfen. Hier fließen Hilfsgelder direkt in die Haushalte von Regierungen, die in einem abgestimmten Verfahren dafür sorgen sollen, dass dieses Geld zur Armutsbekämpfung und Entwicklungsförderung verwendet wird.

Ob dieser Ansatz tatsächlich effizienter ist und nachhaltiger wirkt als die bisherige Praxis, Geld gezielt für Einzelprojekte

auszugeben, ist noch offen. Budgethilfe birgt zudem die Gefahr, dass Regierungen zivilgesellschaftliche Organisationen marginalisieren oder sie zu staatlichen Erfüllungsgehilfen degradieren. In diesem Fall können sie wichtige Aufgaben nicht mehr wahrnehmen, wie etwa Defizite staatlichen developmentspolitischen Handels offen zu kritisieren, Rechenschaft über die Verwendung staatlicher Gelder zu verlangen oder eigene Rechte – wie zum Beispiel das Recht auf Nahrung – mit Nachdruck einzufordern. Ohnehin können – im Hinblick auf gute Ergebnisse – Budget- und Programmhilfen nur solchen Staaten gewährt werden, die über einigermaßen funktionierende Institutionen und demokratische Strukturen verfügen. Die Gefahr ist groß, dass Gelder nur einer kleinen Elite zugute kommen und in weit verzweigten Korruptionskanälen verschwinden.

Entwicklung, die nachhaltige Hunger- und Armutsbekämpfung beinhaltet, benötigt deshalb zusätzliche Maßnahmen. Budgetfinanzierung kann zwar direkte Projektfinanzierung ergänzen, aber sie macht sie nicht entbehrlich. Förderung auf staatlicher Ebene darf die Förderung derjenigen nicht aus dem Auge verlieren, die unmittelbar von Hunger und Armut betroffen sind. Sie muss Raum lassen für die Arbeit der Organisationen und zivilgesellschaftlichen Kräfte, die unmittelbar an der Verbesserung der Lebensbedürfnisse von Menschen ansetzen und auf Hilfe zur Selbsthilfe bauen.

In Afrika entscheidet sich, ob der Weltgemeinschaft gelingt, was sie sich per UN-Beschluss und vielen in weiteren Deklarationen vorgenommen hat: nämlich Hunger, Armut und HIV/Aids weltweit zurückzudrängen und eine intakte Umwelt zu bewahren.

6. Afrikas Arme sind Kleinbauern

Auf 820 Millionen beziffert die Welternährungsorganisation FAO die Zahl der Menschen in Entwicklungsländern, die nicht genügend zu essen haben und an chronischer Unterernährung leiden. 206 Millionen leben allein in Afrika. Alle 3,6 Sekunden stirbt ein Mensch an Unterernährung, jährlich sind es Millionen. Die FAO-Weltkarte des Hungers sieht „rot“ für Subsahara-Afrika. Entgegen der Vorgabe der UN-Millenniumsziele, die Zahl der Hungernden bis 2015 zu halbieren, nimmt der Hunger auf diesem Kontinent noch zu.

In der internationalen Diskussion ist längst klar: Es war ein Fehler, zwei Jahrzehnte lang die Entwicklung des ländlichen Raums zu vernachlässigen und öffentliche Gelder hierfür massiv zu kürzen. Sie fielen seit Mitte der 80er Jahre von 25 Milliarden Dollar auf weniger als die Hälfte: auf 12 Milliarden. Prozentual ist laut UNDP der Anteil für ländliche Entwicklung an allen staatlichen Entwicklungsgeldern zwischen 1995 und 2005 von zwölf auf drei Prozent zurückgegangen. Sehr offensichtlich wird dies auch an der programmatischen Ausrichtung des BMZ: Im Jahr 2005 wurden von insgesamt 5,99 Milliarden Euro bilateral vergebenen Entwicklungshilfegeldern gerade einmal 250 Millionen zur Förderung ländlicher Entwicklung verwendet. Einen Schwerpunkt zur gezielten Sicherung der Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen eines sehr breit gefächerten sektoralen Ansatzes ländlicher Entwicklung gibt es in Afrika nur noch in sechs Ländern (Äthiopien, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Ghana, Kenia, Mali).

Nicht zufällig stellt der Weltentwicklungsbericht 2008 der Weltbank die ländliche Entwicklung jetzt wieder ins Zentrum, und auch die Gründung einer *Global Donor Platform on Rural Development* (GDPRD) unter Federführung des deutschen Entwicklungsministeriums und der FAO signalisiert: Ein Umdenken hat begonnen. Im Auftrag der GDPRD wird derzeit in vier Pilotländern, darunter auch Burkina Faso und Tansania, der aktuelle Stand sowie Engpässe der Geberharmonisierung untersucht. Ziel ist die Erarbeitung eines *Code of Conduct* für Geberorganisationen und Partner, um eine größere Förderwirkung im ländlichen Raum zu erreichen und somit einen Beitrag zur Halbierung der Armut zu liefern.

Finanzielle Konsequenzen haben diese Erkenntnisse allerdings bisher nicht, auch steht hier bevorzugt die industrielle Landwirtschaft im Mittelpunkt. Kleinbäuerinnen und -bauern, die „Kern-

klientel“ der Welthungerhilfe, produzieren aber überwiegend für das eigene Auskommen (Subsistenzwirtschaft). Nach Aussagen des UN-Millenniumsprojekts im Bericht „Halving Hunger: it can be done“ 2005 zählen drei von vier Kleinbauern in Afrika zu den Hungernden, wobei 80 Prozent der Frauen dort für die Versorgung mit Nahrungsmitteln zuständig sind. Diese Menschen müssen unterstützt werden: nicht nur durch eine Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen, sondern auch durch lokale Unterstützungsmaßnahmen und durch direkte Hilfe. Mit der Förderung ländlicher Produktion und Vermarktung können außerdem neue Einkommensmöglichkeiten geschaffen werden, die allerdings von Grundbildungsmaßnahmen flankiert werden müssen.

Bisher greift die deutsche G8-Agenda dieses zentrale Thema der ländlichen Entwicklung gar nicht auf. Doch eine Förderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen „an sich“ reicht nicht aus. Investoren richten den Blick vor allem auf die Städte und Ballungsräume – soweit sie überhaupt für Investitionen in Afrika zu gewinnen sind –, wie die Bundesregierung sich das wünscht. Zusätzlich kontraproduktiv sind außerdem zahlreiche Agrarsubventionen in den Industrieländern, die dringend abgebaut werden müssen, und der Export landwirtschaftlicher Produkte aus Europa zu Dumpingpreisen.

BEISPIEL ÄTHIOPIEN: Bessere Ernährung durch Beratung und Ressourcenschutz

1200 Birr hat Alemu mit seiner letzten Tomatenernte verdient. Um die 170 Euro. „So viel“, sagt der 72-Jährige, „hatte ich früher im ganzen Jahr nicht.“ Doch so gut wie ihm geht es längst nicht allen in der Region Amhara. Die Region zählt zu den ärmsten des Landes. Extreme Dürreperioden, starkes Bevölkerungswachstum, Bodenerosion machen die Menschen von ständiger Nahrungsmittelhilfe abhängig. Veraltete Anbaumethoden und unzureichendes Verwaltungsmanagement tragen das Ihre dazu bei.

Doch seit sich die Welthungerhilfe gemeinsam mit ihrer äthiopischen Partnerorganisation ORDA im Hochland Äthiopiens engagiert, hat sich vieles verändert. In vier Wassereinzugsgebieten der Kreise Tehuledere und Habru schließen sich die Bewohner zusammen und nehmen ihre Angelegenheiten selber in die Hand – in Zusammenarbeit mit der regionalen Verwaltung. Konkret geht es um den Bau von Brunnen und Bewässerungssystemen, um den Anbau von

anderen Produkten als Hirse, Mais, Kat und Kaffee. Auch Obst und Gemüse sollen gedeihen können. Möglichst so viel, dass es neben einer besseren Selbstversorgung auch noch für einen Verkauf der Überschüsse auf dem Markt reicht. Darüber hinaus sorgt eine Kooperative für eine nachhaltige Nutzung der Fischbestände des Lake Haik.

Oberstes Ziel ist es, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten – vor Ort, dezentral. ORDA und die Welthungerhilfe machen vor allem solche Familien mit besseren Möglichkeiten des Feldanbaus, der Viehhaltung und der Fischerei vertraut, deren Haushaltseinkommen nicht einmal 250 Dollar pro Jahr beträgt und die bis jetzt nur die Hälfte dessen produziert haben, was sie zum Leben brauchen. In den vier Wassereinzugsgebieten sind das über 20.000 Menschen. Zugleich müssen die Kreisverwaltungen gewonnen und beraten werden, die notwendigen Planungen für eine effektivere Nutzung des Landes vorzunehmen und sachkundig auszuführen: angefangen bei der Klärung von Landrechten über Terrassierungen bis zum Bau von Wasserdrainagen.

Eine erste Evaluierung, die soeben durchgeführt wurde, zeigt: Es gibt sichtbare Fortschritte und vielen Kleinbauern-Familien geht es bereits spürbar besser. Zwar gibt es noch viel zu tun: Die Menschen müssen die neuen Möglichkeiten des Anbaus noch stärker nutzen lernen und das administrative Management muss besser werden. Doch die ersten Schritte sind gemacht.

Aids wird zum Prüfstein

Aids ist eine weltweite Epidemie, doch am schlimmsten grassiert sie in Afrika. Allein südlich der Sahara gibt es bereits 12 Millionen Aids-Waisen: so viele Kinder wie in Deutschland leben. Besonders verheerend sind die Folgen von HIV/Aids für die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Das Virus wird vor allem von Wanderarbeitern aus den Städten aufs Land getragen. Wenn sich die Epidemie weiterhin ungebremsst ausbreitet, stirbt in den Ländern südlich der Sahara bis zum Jahr 2020 ein Fünftel bis ein Viertel der Bäuerinnen und Bauern. Immer stärker betroffen sind auch Frauen. Völlig zu Recht steht deshalb die Aids-Bekämpfung als besonderer Punkt auf der deutschen G8-Agenda.

Klar ist: Ohne die Bereitschaft von Regierungen, ihre Gesundheitssysteme auszubauen, kann HIV/Aids-Bekämpfung nicht gelingen. Und darauf zielt die deutsche G8-Agenda ab. Doch

obwohl die afrikanischen Staatschefs schon vor Jahren versprochen, 15 Prozent ihrer Staatshaushalte zur Verbesserung ihres Gesundheitswesens aufzuwenden, gibt bis jetzt gibt nur ein Drittel der Länder mehr als zehn Prozent dafür aus. Außerdem geht es um den richtigen Einsatz der Gelder. Aids-Aufklärung und konkrete Hilfe für Erkrankte sind besonders dringlich.

Gesundheits-Basisversorgung bedeutet zugleich Ernährungssicherung. Das gilt vor allem dort, wo die Krankheit ganze Familien und Dorfgemeinschaften auslöscht und die weitere Bewirtschaftung der Felder unmöglich macht. Hinzukommen muss die Bereitstellung kostengünstiger Medikamente, was nicht in der Macht von Hilfsorganisationen steht, sondern auf der Ebene der laufenden WTO-Verhandlungen und des internationalen Patentrechts geregelt und entschieden wird. Das deutsche Entwicklungsministerium hat immer wieder darauf gedrungen, diese Versorgung mit bezahlbaren Nachahmer-Medikamenten (Generika) sicherzustellen. Denn: „Menschen sind wichtiger als Patente.“ Die deutsche G8-Agenda greift dieses Thema nur allgemein unter dem Thema Schutz des geistigen Eigentums auf. Eine klare Position zur Medikamentenversorgung der Entwicklungsländer fehlt.

Afrika ist massiv vom Klimawandel betroffen

Nach Aussagen des neuesten UN-Klimaberichts (IPPC) gehört Afrika zu den Kontinenten, die am dramatischsten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein werden: dies, obwohl gerade die Entwicklungsländer für die Veränderungen am wenigsten verantwortlich sind. Bis 2020 könnten zusätzlich 75 bis 250 Millionen Menschen unter Wassermangel aufgrund klimatischer Veränderungen leiden. Auch die landwirtschaftliche Produktion wird in Ländern ohne Bewässerungssysteme auf die Hälfte zurückfallen, Anbauzeiten werden kürzer und ganze Regionen können für den Anbau von Nahrungsmitteln nicht mehr genutzt werden. Konsequenzen daraus ist Nahrungsmittelmangel, hiervon betroffen sind auch die Fischvorkommen.

In Regionen wie beispielsweise Äthiopien oder Mosambik, in denen die Welthungerhilfe tätig ist, hat der Klimawandel bereits jetzt gravierende Folgen für die Ernährungslage der Menschen. Schon die bisherigen Dürren und Überschwemmungen waren eine entwicklungspolitische Herausforderung; dazu kamen Raubbau und fortschreitende Bodenerosion. Nun sind noch mehr Verluste an nutzbaren Böden zu erwarten. Und erneut ist der ländliche Raum besonders betroffen. Bewältigt werden muss eine doppel-

te Aufgabe: Die Menschen in den Entwicklungsländern vor den Folgen des Klimawandels zu schützen – und ihnen zugleich eine bessere, nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

Die Bundesregierung hat das Problem für den G8-Gipfel aufgegriffen. Erste Beschlüsse zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes in den EU-Ländern sind gefasst. Die G8-Agenda sieht – neben Maßnahmen für mehr Energieeffizienz – den verstärkten Einsatz von erneuerbaren Energien vor. Doch der Zugang zu mehr – und möglichst umweltfreundlicher – Energie reicht nicht. Die Menschen in Afrika brauchen dringend Unterstützung dabei, sich mit den Folgen des Klimawandels auseinanderzusetzen. Vorhandene Wasservorräte müssen besser verwaltet und genutzt, karge und trockene Böden sorgfältig bewirtschaftet, Wüstenbildung und Versteppung so gut es geht aufgehalten werden: zum Beispiel durch Bodenkultivierung und Aufforstung. Diese Aufgaben sind ebenso dringlich wie das Umsteuern in den Industrieländern und entsprechende Bewusstseinsbildung auf beiden Seiten.

BEISPIEL BENIN:

Millenniumsdörfer – 15 x Entwicklung ganz konkret

Benin nimmt gerade einmal Platz 163 von 177 im UN-Human Development Index ein. Das westafrikanische Land ist extrem arm. Beinahe ein Drittel der Menschen muss mit weniger als einem Dollar am Tag auskommen. Und die Bevölkerung wächst schnell. Schon jetzt sind die Anbauflächen übernutzt. Sie reichen immer weniger aus, um alle zu ernähren. Und so wie es im ganzen Land ist, so ist es auch in Manigri.

Das Dorf im Nordwesten Benins ist eines der 15 Millenniumsdörfer, die die Welthungerhilfe gemeinsam mit der Bevölkerung vor Ort ausgewählt hat, um zu zeigen: Die UN-Millenniums-Ziele – vor allem die Halbierung von Hunger und Armut – können erreicht werden. Jedenfalls dann, wenn der Wille, die Mittel und das nötige Know-how vorhanden sind. Allein sieben dieser 15 Dörfer liegen in afrikanischen Ländern: neben Benin in Burkina Faso, Ruanda, Angola, Sudan, Mosambik und Madagaskar.

„Was braucht ihr, welche Probleme stehen an, wie kann man sie lösen?“, heißt regelmäßig die Frage, die die Mitarbeiter der Welthungerhilfe und ihrer afrikanischen Partnerorganisationen den Dorfbewohnern zuerst stellen. In Manigri ist der Partner die Organisation AGEDREN, was für

„Assoziation zur nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen“ steht – und das ist es auch, was die Dorfbewohner am nötigsten brauchen.

Schon mit einfachen Mitteln kann viel erreicht werden. So schont zum Beispiel eine veränderte Fruchtfolge die übernutzten Böden; die Bienenzucht lässt sich weiter ausbauen. Baumschulen sorgen dafür, dass die abgeholzten Wälder wieder nachwachsen können. Die Bauern lernen zu berücksichtigen, dass Dürre, versiegte Wasserstellen und Erosion etwas mit dem Abbrennen von Feldern und Buschland und der Abholzung der letzten Wälder zu tun haben. Auch die Förderung der Mitsprache von Frauen bei den Angelegenheiten des Dorfes und die Förderung ihrer Erwerbsmöglichkeiten durch die Vergabe von Kleinkrediten gehört zur Entwicklungsarbeit in Manigri. So wird gleich die Erreichung mehrerer UN-Millenniums-Ziele gefördert: Von der Hunger- und Armutsbekämpfung (Ziel 1) über die Besserstellung der Frauen (Ziel 3) bis hin zu mehr ökologischer Nachhaltigkeit (Ziel 7).

Wie in allen Millenniumsdörfern ist auch in Manigri oberstes Prinzip: Hilfe zur Selbsthilfe. Rund elf Millionen Euro, verteilt über fünf Jahre, stellt die Welthungerhilfe für die 15 Millenniumsdörfer bereit, rund 150 000 Euro je Dorf und Jahr. Eingesetzt werden sie unter aktiver Mithilfe der Dorfbewohner und in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen; auch die örtliche Verwaltung wird eingebunden. Denn nur wenn die unmittelbar Betroffenen mitmachen und für Neues zu gewinnen sind, können Veränderungen wirksam werden.

Statements von Experten: I. Weg von „billiger Demokratie“, hin zu Partnerschaft im Klimawandel

Von Dr. Andreas Mehler

In der Wahrnehmung der Öffentlichkeit treffen auf G8-Gipfeln Vertreter der reichsten Nationen der Welt zusammen; die Erwartungen sind häufig überzogen, weil alle Beteiligten sich in anderen Foren – in der EU, der UN, in der WTO etc. – längst festgelegt haben und gar keinen großen Handlungsspielraum mehr haben. Der Gipfel in Heiligendamm bietet daher im Wesentlichen Gelegenheit zu symbolischer Politik, die allerdings durchaus nützlich sein kann. Die dort versammelten Staats- und Regierungschefs können Impulse und Akzente setzen. Auch bietet ein solcher Gipfel Gelegenheit zum Nachdenken und Überprüfen von Handlungslogiken.

Zivilgesellschaft

Die Einbeziehung der Zivilgesellschaften afrikanischer Staaten ist eine inzwischen schon „klassische“ Forderung, der die G8-Staaten in unterschiedlicher Weise nachkommen. Insgesamt haben sich zivilgesellschaftliche Akteure inzwischen eine beachtliche Position in vielen Foren erobert, das heißt, es geht offenbar gar nicht mehr „ohne“. Dennoch haben diese Dialogprozesse deutliche Schwächen. Denn idealerweise sollte die Zivilgesellschaft von Personen vertreten werden, die sich für die Anliegen der breiteren Bevölkerung tatsächlich auch einsetzen. Wenn allerdings immer wieder dieselben Personen zu Veranstaltungen eingeladen werden, hat sich sicherlich nur die Sachkompetenz weniger engagierter Bürger erhöht. Gleichzeitig sind sie von Isolation und Überforderung bedroht, denn es lastet zuviel auf ihren Schultern. Auch plagt einige von ihnen das schlechte Gewissen, wenn ihre Anhörung zum Alibi für unterlassene Aktivitäten verkommt. Zivilgesellschaft könnte auf diese Weise zu einer elitären Enklave des globalen Systems in lokaler Umgebung werden. Der Entwicklung Afrikas wird dies wenig nutzen. Was also lässt sich gegen diese Schwächen tun?

- Die Vorbereitung des African Peer Review Mechanism im Rahmen von NEPAD sollte stärker in die Hände kompetenter einheimischer Vertreter der Zivilgesellschaft gelegt werden. Das heißt, dass die sektoralen Berichte durch tatsächlich unabhängige lokale Forschungsinstitute – und nicht durch zuweilen unprofessionelle oder von Regierungen „gekaperte“ Nichtregierungsorganisationen oder direkt durch das Präsidialamt – erstellt werden. Ghana ist hier ein Vorbild, an dem sich an-

Dr. Andreas Mehler ist Politikwissenschaftler und Historiker. Seit 2002 leitet er das Institut für Afrikastudien in Hamburg.

- Er plädiert dafür, dass die afrikanische Bevölkerung stärker als bisher an Reformprozessen beteiligt wird: in Form von Meinungsumfragen sowie der Aus- und Fortbildung einer kritischen Elite.
- Die Folgen des Klimawandels könnten neue Möglichkeiten partnerschaftlichen Handelns zwischen afrikanischen und Industriestaaten eröffnen: vorausgesetzt, die G8-Staaten sorgen rasch für die Umsetzung entsprechender Schutz- und Vorsorgemaßnahmen. Afrikanische Staaten wie z. B. Mosambik wiederum übernehmen eine Vorreiterrolle für ihren Kontinent im Umweltbereich.
- In vielen bewaffneten Konflikte sind die G8-Staaten Mitverursacher. Deutlicher werden muss, dass nur der friedliche Weg zur Macht legitim ist. Im Konfliktfall sollten lokale Vermittler stärker bei Fragen von Sicherheit und Konfliktbeilegung einbezogen werden.
- Will die G8 den Einfluss Chinas in Afrika mitgestalten, muss sie glaubwürdiger handeln: d.h. schädliche Agrarsubventionen abbauen, afrikanische Staaten an internationalen Verhandlungen beteiligen und China bei wichtigen Entscheidungen einbeziehen.

dere messen müssen. Die Zivilgesellschaft beschränkt sich nicht auf eine Handvoll Nichtregierungsorganisationen. Auch unbequeme Kritiker müssen die Chance bekommen, sich zur Zukunft ihrer Länder, ihres Kontinents zu äußern.

- Die G8-Staaten sollten darauf hinwirken, dass Vertreter der Zivilgesellschaft keinen elitären Zirkeln entstammen, sondern tatsächlich die breite Bevölkerung an Reformprozessen beteiligt ist. Ihre Ansichten lassen sich z.B. durch die häufigere Nutzung von Meinungsumfragen feststellen – ein Instrument, das in Afrika viel zu selten genutzt wird: von Gebern, Regierungen und Ämtern wie auch von der afrikanischen Zivilgesellschaft. Leicht umzusetzen ist dies in Städten; bei einem durchschnittlichen Anteil der urbanen Bevölkerung von 37 Prozent wäre dies eine ernstzunehmende Größe. Doch selbst auf dem Land sind Meinungsumfragen möglich. Gerade durch bessere politische Bildung und staatsbürgerliche Erziehung können mehr Afrikaner an der Reformagenda beteiligt werden.
- Voraussetzungen für eine unabhängige Zivilgesellschaft zu schaffen heißt auch, sich um die Ausbildung einer Elite (inklusive Opposition) zu bemühen. Zu den sträflich vernachlässigten Sektoren der Kooperation zwischen G8-Staaten und afrikanischen Ländern gehört die Hochschulbildung. Hier wäre es wertvoll, auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm einen neuen Akzent zu setzen. So könnten die G8-Staaten eine Exzellenzinitiative für afrikanische Universitäten unterstützen!

Klimawandel

Zuerst die schlechte Nachricht: Laut Stern-Bericht (2006) könnten bei einer Erwärmung um zwei Grad Celsius etwa 20-30 Prozent der verfügbaren Wasservorräte im südlichen Afrika verloren gehen. Bei einer Erwärmung um vier Grad Celsius wird der Verlust an landwirtschaftlicher Produktion in ganz Afrika auf 15-35 Prozent geschätzt. Jetzt die gute Nachricht: Vom schnell fortschreitenden Klimawandel sind die G8 und Afrika massiv betroffen und haben – endlich – ein echtes Thema für den partnerschaftlichen Umgang miteinander. In der Entwicklungshilfe oder dem Handel mit mineralischen Rohstoffen stehen sich jeweils Geber und (Ab-)Nehmer gegenüber und die Asymmetrie der Beziehungen scheint vorprogrammiert. Anders bei der Abwendung der Folgen des Klimawandels und präventiven Maßnahmen: Hier bietet die gemeinsame Bedrohung die Chance auf neue positive Kooperationsformen. Die Bevölkerung in den USA, Japan, Europa und Afrika ist den Folgen des Klima-

wandels ausgesetzt, wenn auch nicht im gleichen Umfang, denn Dürre, Wassermangel und Ernährungskrisen treffen vor allem Afrika. Doch die subjektive Betroffenheit ist ähnlich. Treibhausgase werden vornehmlich auf der Nordhalbkugel emittiert, doch eine forcierte Abholzung des Regenwaldes in Afrika hätte gleichfalls verheerende globale Folgen. Der Klimawandel mit seinen Folgeschäden kann schätzungsweise einen Verlust von bis zu 20 Prozent des Weltsozialprodukts bedeuten. Hier sind wir alle Opfer und Täter zugleich:

- Die Interessenallianz zwischen G8-Staaten und Afrika (sowie den noch stärker gefährdeten Inselstaaten im Indischen Ozean und im Pazifik) bedarf einer vernehmlichen Darstellung auf internationalem Parkett. Die schnelle nachholende Entwicklung in den beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Erde – China und Indien – wird für die anderen Teile der Weltgesellschaft ökologisch bedrohlich. Durch eine gemeinsame Forderung nach umweltfreundlichen Technologien auf dem G8-Gipfel könnte global Verantwortung gezeigt werden. Umweltaktivisten, aber auch der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan haben eindringlich mehr „Leadership“ eingefordert – bislang noch vergeblich.
- Glaubhaft sind Regierungen nur, wenn sie im eigenen Land die Emissionen von Industrie und Haushalten reduzieren. Die G8-Staaten haben hier noch viele Hausaufgaben zu machen, vor allem durch Festlegung von Grenzwerten und nationalen Umsetzungsplänen. Die meisten afrikanischen Staaten wiederum müssen Richtlinien und Monitoringsysteme noch entwickeln. So kann beispielsweise die Energieeffizienz gesteigert werden. Die Förderung effizienter Technologien (durch Technologietransfer und -kooperation) und erneuerbarer Energiequellen in Entwicklungsländern muss ebenfalls erfolgen.
- Regionale Führungsmächte, hier vor allem Südafrika, müssen sich zunehmend bewusst werden, was es bedeutet, wenn sich in ihrem Umfeld menschengemachte Naturkatastrophen anbahnen. Regierungen, die für ökologische Fragen aufgeschlossen sind, sollten eine Vorreiterrolle für den Kontinent spielen. So ist Mosambik laut Environmental Performance Index (2006) der Universitäten Yale und Columbia afrikanischer Spitzenreiter bei der Nutzung erneuerbarer Energien. In der Summe der Indikatoren liegt Gabun in der „Umweltperformance“ an der Spitze des Kontinents. Afrika braucht diese „Champions“ im Umweltbereich!

Konfliktnachsorge

Nach wie vor ist Afrika der Kontinent mit den meisten bewaffneten Konflikten, während sich weltweit die Zahl der Kriege stark reduziert hat. Das hat oft lokale Gründe, aber meist tragen die G8-Staaten eine Mitverantwortung für die Ausweitung der Konflikte und sind auch Nutznießer: Dabei kann es sich z. B. um die Herstellung von Antipersonenminen oder Kleinwaffen handeln oder um den Handel mit sogenannten Blutdiamanten. Andere Ursachen sind schwieriger zu verstehen und erfahren auch bisher zu wenig Aufmerksamkeit:

- Die per Diplomatie herbeigeführten schnellen Konfliktlösungsversuche durch Machtteilung können genau den gegenteiligen Effekt haben. Denn „billige Diplomatie“, die eine Regierungsbeteiligung von Rebellenführern als zentrales Verhandlungsziel hat, gibt das falsche Signal an ehrgeizige, zuweilen auch geldgierige und machthungrige Eliten im Wartestand. Deren Fazit: Schießen reicht. Der friedliche Weg zur Macht (über Wahlen) muss sich aber wieder lohnen, Opposition ehrenhaft sein. Dazu können G8- und afrikanische Regierungen mit Worten und Taten beitragen.
- Ein anderer Zugang zu schwacher Staatlichkeit in Nachkriegsgesellschaft sollte entstehen – in Afrika und in den G8-Staaten. „Post-Conflict Reconstruction“ ist ein verräterisches Stichwort, denn es wäre ein Fehler, das aufzubauen, was in Vorkriegsgesellschaften nicht lebensfähig war. Mehr institutionelle Anpassung an Notwendigkeiten und Möglichkeiten (inklusive der Finanzierbarkeit) ist geboten, was aber auch ein Abrücken von Standardprogrammen des Wiederaufbaus bedeutet.
- Eine Chance liegt in der Anerkennung lokaler Akteure, denen die Bevölkerung Vertrauen entgegenbringt, insbesondere wenn es um Sicherheit geht. Bürgerwehren, Stadtteilkomitees, eventuell auch traditionelle Chefs bieten zumindest mittelfristig besseren Schutz als Uniformträger. Im Einzelfall kann auch eine direkte Kooperation stattfinden.

Die chinesisch-europäische Konkurrenz um Entwicklungsmodelle

Kritik an den Folgen des verstärkten chinesischen Engagements in Afrika lässt sich schnell auf den Punkt bringen: Es geht um Untergrabung der Standards von Demokratie, Menschenrechten, Umweltschutz und Transparenz; Autokraten werden belohnt, neue Verschuldung und Abhängigkeit von Rohstoffexporten entsteht. Tatsächlich ist die Kurzsichtigkeit dieser Strategie erschreckend und es besteht die Gefahr, dass die neue Politik Chinas den Kontinent weiter destabilisiert. Positiv hervorgehoben wird demgegenüber, dass chinesische Unternehmen investieren, wo andere nur wenig Wagemut besitzen. Allerdings verkennt eine einseitige Darstellung der vielen Risiken und wenigen Chancen das starke Bedürfnis vieler Afrikaner – nicht nur der Regierungen – nach konkreten Veränderungen, die mehr beinhalten als reine Armutsbekämpfung und Entschuldung, vor allem nach großen Infrastrukturvorhaben und einem wie immer gestalteten Respekt ihnen gegenüber. Deshalb wird sich voraussichtlich die Süd-Süd-Kooperation (auch mit Brasilien, Indien etc.) verstärken, denn sie ist weniger ideologisch belastet als die Kooperation mit vielen G8-Ländern:

- Die G8-Staaten müssen anerkennen, dass China attraktive Angebote für Afrika bereithält. Die oft auch als „Weltsozialhilfe“ verunglimpft Entwicklungszusammenarbeit ist deutlich durch weitere Politikformen zu ergänzen. Unter anderem geht es darum, die Regierungen des Kontinents, die sich der globalen Verantwortung stellen, auch in internationalen Foren, z. B. in der WTO, ernst zu nehmen. Aber es geht auch um industrielle Entwicklung und die Durchführung arbeitsintensiver Infrastrukturprojekte, die einheimische Arbeitskräfte in Lohn und Brot setzen: möglicherweise über Public Private Partnerships. Und natürlich um Marktzugang: Die Agrarsubventionen der G8-Staaten wirken symbolisch und real als Hemmschuh.
- China wird zwar kritisiert, sitzt aber selten mit am Verhandlungstisch. Dies ist allerdings unumgänglich, will man beispielsweise eine andere Darfurpolitik, eine zukunftsweisende Klimapolitik, eine effektive Antikorruptionspolitik umsetzen. Wenn sich die G8-Staaten tatsächlich der China-Afrika-Thematik annehmen, muss ein ernsthafter Dialog mit und nicht über China geführt werden. In Heiligendamm ist China im Rahmen des „Outreach“-Programms – also eines erweiterten Dialogprogramms – mit weiteren fünf Schwellenländern ein-

geladen: eine gute Gelegenheit, auch die Afrikapolitik zu diskutieren.

- China ist heute nicht mehr als Entwicklungsland anzusehen, sondern im besten Fall als ein Mitgestalter globaler Ordnungspolitik, im Negativfall als gefährlicher Konkurrent Europas. Das hat Konsequenzen für alle Politikbereiche. Deshalb sollten die G8-Staaten ihr eigenes Entwicklungsmodell überprüfen und gegebenenfalls verbessern, dann aber auch selbstbewusst vermarkten. Mit Blick auf zahlreiche Schwächen des chinesischen Modells, vor allem die sozialen, ökologischen und politischen Kosten, könnte ein solcher Wettbewerb für alle Beteiligten positiv sein.

Statements von Experten: II. Förderung der Afrika-Agenda für gute Regierungsführung und Wirtschaftsentwicklung

Von Prof. Emmanuel Gyimah-Boadi

Drei zentrale Ergebnisse dreier Durchgänge der Afrobarometer-Umfrage von 1999-2005 (in denen die Meinung von über 56.000 Afrikanern in 12 Ländern erfasst wurde; im Westen, Osten und Süden; im englisch-, französisch- und portugiesischsprachigen Afrika), beschreiben klar die problematische Entwicklung im heutigen Afrika:

- Die Afrikaner geben an, dass sie mit ihren Lebensbedingungen unzufrieden sind und sich daran während dieses sechsjährigen Zeitraums nichts geändert hat.
- Konkrete Armut (Beeinträchtigungen bei menschlichen Grundbedürfnissen wie Nahrung, Wasser und Einkommen) ist weit verbreitet und dauerte während der gesamten sechs Jahre an. Tatsächlich beobachteten die Menschen in acht Afrobarometer-Ländern eine Verschlechterung der persönlichen Lebensbedingungen, eine Verbesserung hingegen nur in vier Ländern. Südafrika steht an erster Stelle auf Seiten des Aufwärtstrends, die Zufriedenheit stieg von 15 Prozent auf 47 Prozent. Im Gegensatz dazu fiel die Zustimmung in Nigeria und Uganda um 23 bzw. 19 Prozentpunkte. Ein beständiger Rückgang ist auch in Ghana, Mali und Malawi zu verzeichnen.
- Trotzdem sind die Afrikaner optimistisch, was ihre persönliche Zukunft anbelangt. Während 2005 nur 27 Prozent mit ihren Lebensbedingungen zufrieden waren, erwarteten 45 Prozent eine „Verbesserung“ oder „wesentliche Verbesserung“ dieser Lebensbedingungen in den kommenden zwölf Monaten (für die vollständigen Afrobarometer-Ergebnisse siehe unter www.afrobarometer.org).

Die oben genannten Statistiken fassen kurz und bündig die Problematik afrikanischer Entwicklung zusammen: schwerwiegende wirtschaftliche Probleme gekoppelt mit weit verbreitetem Optimismus, der genutzt werden könnte, um wirtschaftliche Schwierigkeiten abzufedern und zu guter Regierungsführung und menschlicher Sicherheit zu gelangen.

Prof. Emmanuel Gyimah-Boadi ist Politikwissenschaftler. Er leitet das Zentrum für demokratische Entwicklung (Center for Democratic Development) und ist Professor im Bereich Politikwissenschaften an der Universität Ghana. Seit 2005 beteiligt er sich an der von Bundespräsident Köhler ins Leben gerufenen „Partnerschaft mit Afrika“.

Seine Bilanz:

- Zwar haben sich die Lebensbedingungen in vielen Ländern verschlechtert, doch die Afrikaner sind optimistisch – dieses Potential gilt es zu nutzen.
- Aktuelle Initiativen von Geberländern und die in der Paris Declaration beschlossene Geberharmonisierung sind positive Signale hinsichtlich einer Neuorientierung der Entwicklungszusammenarbeit.
- Afrikanische Staaten orientieren sich zunehmend an demokratischen Spielregeln und Zielen der Armutsbekämpfung.
- Negativ zu Buche schlägt die Nichteinhaltung finanzieller Zusagen seitens der G8-Staaten. Gleichzeitig investieren viele afrikanische Staaten zu wenig Geld in armutsrelevante Sektoren wie Gesundheit und Bildung.
- Dringend erforderlich ist transparente Darstellung von Transaktionen aus Rohstoffgeschäften afrikanischer Regierungen und die Rückführung „geplündert“ staatlicher Gelder von ausländischen Konten.
- Afrikanische Institutionen und Strukturen wie Afrikanische Union, ECOWAS etc. müssen von den G8-Staaten gefördert und in Entscheidungen einbezogen werden.
- Industrienationen sollten glaubwürdiger handeln und afrikanische Länder bei einem kritischen Dialog mit China beraten und unterstützen.

Positive Tendenzen

Das aktuelle externe Umfeld ist förderlich für die Entwicklung Afrikas und die internen Entwicklungen in Afrika geben durchaus Grund zur Hoffnung:

- Aktuelle Entwicklungspartner/Bericht von Geberorganisationen/Initiativen (z.B. UN-Millennium-Entwicklungsziele, die Africa Commission von Blair/UK, Millennium Challenge Account) zeigen ein tiefes Verständnis für Entwicklungs-herausforderungen in Afrika. Am wichtigsten aber ist, dass sie mutige Herangehensweisen zur Überwindung dieser Probleme vorschlagen.
- Unter den Gebern besteht ein beachtlicher Konsens hinsichtlich der Strategien, die zur Anwendung kommen sollten, um eine nachhaltige menschliche Entwicklung in Afrika sicherzustellen. Alte ideologische Auseinandersetzungen über Wachstum versus Gleichheit sind begraben und haben den Weg frei-gemacht für ein gemeinsames Engagement zugunsten von Wachstum und Armutsreduzierung.
- Darüber hinaus hat sich das Engagement für die Verbesserung der Qualität von Entwicklungshilfe durch effektive Koordination (im Sinne der Pariser Erklärung) vergrößert: indem mittels Entwicklungshilfe die Strategien unterstützt werden, die von Regierungen der Entwicklungsländer erarbeitet wurden (statt Präferenzen von Geberorganisationen/Industrieländern überzustülpen); indem man Entwicklungshilfe koordiniert und damit Doppelungen verringert, indem ein Großteil der Hilfe von Geberorganisationen direkt in den Staatshaushalt der Entwicklungsländer fließt (Budgethilfe). Mit diesen neuen Strategien könnten Transaktionskosten für Entwicklungshilfe erheblich gesenkt, die Perspektiven für Ownership auf lokaler Ebene verbessert, das Absorptionsvermögen erhöht und die Gesamtverwendung der Mittel verbessert werden.
- Ferner besteht unter den Entwicklungspartnern/Geberorganisationen breiter Konsens darüber, dass gute Regierungsführung wirklich entscheidend ist für soziale und wirtschaftliche Entwicklung und auch für die Wirksamkeit von Hilfe.
- Afrikanische Führungspersonlichkeiten/Regierungen/regionale und subregionale Institutionen haben zunehmend Prinzipien und Praxis von Demokratie, guter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Regierungsführung sowie fried-

lichem Konfliktmanagement als praktikabelsten Ansatz für nachhaltige menschliche Entwicklung übernommen. Diese positive Richtungsänderung spiegelt sich wider in der wachsenden Akzeptanz der Wahlurne als einzigen legitimen Mittels zur Erlangung politischer Macht, im African Peer Review Mechanism (APRM) der New Partnership for African Development (NEPAD) und im Engagement für Armutsreduzierungsstrategien.

Negative Tendenzen

Es gibt jedoch auch negative Anzeichen dafür, dass die oben genannten Veränderungen größtenteils vordergründig sind:

- Zusagen der Industrieländer/G8, Entwicklungshilfegelder signifikant zu erhöhen, sind nicht in entsprechendem Maß erfüllt worden.
- Die Umsetzung der Vereinbarungen zur Harmonisierung der Entwicklungshilfe ist nicht sonderlich überzeugend. Die meisten Geber beteiligen sich nur teilweise an Harmonisierungsprozessen von Entwicklungshilfegeldern auf Länderebene und/oder halten an traditionellen Ansätzen spezifischer Projektförderung fest.
- Konsultationen zwischen Geberorganisationen und afrikanischen Regierungen sowie mit lokalen Interessenvertretern sind eher oberflächlicher Natur.
- Zudem steht die tatsächliche Höhe von Entwicklungshilfegeldern zugunsten von Regierungsreformen in einem großen Missverhältnis zum rhetorischen Bekenntnis, gute Regierungsführung zu fördern. Darüber hinaus ist die Agenda bezüglich Regierungsführung so offen definiert, dass sie die meisten Punkte bestehender Portfolios von Entwicklungszusammenarbeit abdeckt.
- Das Engagement afrikanischer Regierungen hinsichtlich der neuen Agenda für Wachstum, Armutsreduzierung und gute Regierungsführung ist nur schwach. Trotz der formellen Verabschiedung von Armutsreduzierungsstrategien lassen finanzielle Zuweisungen im Haushalt vieler afrikanischer Länder kaum eine deutliche Umschichtung erkennen, d.h. mit Priorität für Armutsbekämpfung in den Sektoren Gesundheit und Bildung; vielmehr haben das Militär, diverse Sicherheitsaspekte, „weiße Elefanten“ und weitere gesellschaftlich

unproduktive Sektoren (etwa umfangreiches Personal für den Präsidenten) weiterhin Vorrang vor elementaren Bereichen wie etwa der Landwirtschaft.

- Der APRM ist ein äußerst glaubwürdiges Programm afrikanischer Regierungschefs, mit dem menschliche Entwicklung durch gute Regierungsführung gefördert werden soll. Allerdings ist die Umsetzung bisher langsam und schwach. In fast sechs Jahren seit der Gründung wurden nur drei Länder bewertet (obwohl 27 Länder beigetreten sind und dort Peer Reviews durchgeführt werden könnten). Seltsamerweise haben Länder wie Nigeria und Senegal, deren Regierungschefs zu den Initiatoren von NEPAD/APRM gehörten, mit ihren Bewertungen wenig Fortschritte gemacht. Hinzu kommt, dass sich die Qualität und Integrität der Bewertungsprozesse und -ergebnisse in einzelnen Ländern stark voneinander unterscheiden. Zudem zeichnen sich afrikanische Führungspersonlichkeiten wie auch regionale und subregionale Institutionen weiterhin durch große Ambivalenz aus hinsichtlich afrikanischer Regierungen und Regierungschefs, die schlecht regieren und Verursacher menschlicher Unsicherheit sind.

Der Weg nach vorn

- Entwicklungspartner/G8-Länder müssen ihre Zusagen einhalten, die Hilfe für Afrika zu verdoppeln.
- Die Verpflichtung zur Umsetzung der Pariser Erklärung muss gestärkt, Ansätze zur Vergabe von Budgethilfe auf die afrikanischen Länder ausgeweitet werden, die die untere Grenze für gute Regierungsführung überschritten haben. Wichtig ist aber auch, dass diejenigen Länder, die Budgethilfe erhalten, ihre internen Haushaltsverfahren transparenter gestalten und einheimische Vertreter aus dem nichtstaatlichen und privaten Sektor einbeziehen.
- Afrikanische Regierungen müssen dazu ermutigt werden, Wirtschaftsreformen zugunsten von Wachstum und Armutsreduzierung wie auch Regierungsreformen umzusetzen.
- NEPAD-APRM ist eine gute Initiative. Die ursprünglichen NEPAD/APRM-Standards für gute politische, wirtschaftliche, soziale und korporative Regierungsführung müssen vor Verwässerung geschützt werden. APRM-Länder-Bewertungsverfahren müssen vor der Kontrolle durch Regierungen/Regierungsparteien/Staat bewahrt werden; nichtstaatliche,

zivilgesellschaftliche und private Akteure müssen stärker in die Bewertung und Überwachung bei der Umsetzung nationaler Aktionspläne einbezogen werden, die Ergebnisse der Länderüberprüfungen sind. Afrikanische Staaten brauchen technische Unterstützung oder Hilfestellungen, um die notwendigen Kapazitäten für technisch einwandfreie Bewertungen zur Verfügung zu stellen. Länder, die erfolgreich glaubwürdige Peer Reviews durchführen, müssen durch eine Steigerung der G8-Hilfe und ausländische Direktinvestitionen belohnt werden.

- Unterstützung von Initiativen für mehr Transparenz in Afrikas Rohstoffindustrien; die Offenlegung von Transaktionsdetails zwischen multinationalen Unternehmen der Industrieländer und afrikanischen Regierungen muss ebenfalls gefördert werden zusätzlich zur Offenlegung und zum Einsatz dieser Erträge innerhalb der jeweiligen afrikanischen Länder.
- Unterstützung der Bemühungen afrikanischer Regierungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO), geplündertes afrikanisches Kapital zurückzuführen, das in Banken und Finanzinstituten in Übersee/den Industrieländern deponiert ist.
- Die Unterstützung afrikanischer Reformen der Regierungsführung muss sich widerspiegeln in abgestufter Hilfe für Reformen in Bereichen von Regierungsführung. Die Regierungen der Industrieländer und zivilgesellschaftliche Organisationen (NRO) müssen bei multilateralen Entwicklungsagenturen wie der Weltbank, der Afrikanischen Entwicklungsbank und der Wirtschaftskommission für Afrika darauf hinwirken, dass die Regierungsführung im Blickpunkt bleibt und Möglichkeiten zur Beteiligung von, Beratung durch und Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft ausgeweitet werden.
- Anreize mit entsprechender Honorierung müssen für afrikanische Initiativen, die für den Schutz von Wäldern, Umwelt und Artenvielfalt eintreten, geschaffen werden.
- Afrikanische regionale Institutionen wie die *Economic Community of West African States* (ECOWAS) und die *Southern African Development Community* (SADC) und natürlich auch die Afrikanische Union (AU) bilden sich immer stärker als wichtige Träger heraus, wenn es um die Umsetzung der Agenda für menschliche Sicherheit und gute Regierungsführung auf dem Kontinent geht. EU/G8/Entwicklungspartner müssen

der AU und diesen regionalen Institutionen technische, materielle und politische Unterstützung zukommen lassen, die gute Regierungsführung, *Peace Building* und menschliche Sicherheit in Afrika fördern und/oder dazu beitragen. In diesem Zusammenhang müssen die EU/G8/Geberorganisationen die Friedensbemühungen der ECOWAS in Guinea und der Elfenbeinküste, die Bemühungen der ECOWAS zur Gründung einer Währungsunion in der Region und ggf. Friedensmissionen der AU in Darfur und Somalia unterstützen.

- Die EU/G8/Partner aus Industrieländern müssen regionale Einrichtungen wie ECOWAS und SADC an den Verhandlungen zwischen EU und AKP-Ländern über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen für die Länder in den jeweiligen Regionen beteiligen. Dies wird dazu beitragen, dass die extremen Machtungleichgewichte zwischen der EU und ihren afrikanischen Partnerstaaten verringert und die Verhandlungspositionen der afrikanischen Partner verbessert werden.

- Eigeninteresse war bisher der wichtigste Beweggrund für das Interesse der G8/EU/Industrieländer an den wachsenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen China und Afrika. Andererseits kann das Leitmotiv der offenen „Liebesbeziehung“ Afrikas mit China auch grob so zusammengefasst werden: *„Der Teufel, den man nicht kennt, ist immer noch besser als der Teufel, den man kennt“*. Die Vorgehensweise der afrikanischen Partner mag zwar naiv sein, doch die der westlichen Nationen ist kaum mehr als ein Nullsummenspiel und größtenteils egoistisch. Die westlichen Industrienationen können Afrika dabei unterstützen, konstruktivere Beziehungen zu China zu entwickeln. Sie sollten die afrikanischen Nationen dabei unterstützen, Bildungskapazitäten zu erweitern und Geschichte, Sprache, Kultur, Politik usw. der neuen Länder und Mächte verstehen zu lernen, mit denen sie jetzt in Beziehung stehen. Die EU/G8 müssen Afrika helfen, dass es China auf der Grundlage ausreichenden Wissens statt unrealistischer Vermutungen begegnet.

HDI-Rang	Land	Durchschnittliche Lebenserwartung (in Jahren)	Lese- und Schreibfähigkeit Erw. ab 15 J. (in % der Bev.)	Ausbildungsrate (Schule/ Studium) (in % der Bev.)	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (in US-\$)
21	Deutschland	78,9	...	89	28.303
63	Mauritius	72,4	84,4	74	12.027
87	Tunesien	73,5	74,3	75	7.768
102	Algerien	71,4	69,9	73	6.603
106	Kapverd. Insel	70,7	...	67	5.727
111	Ägypten	70,2	71,4	76	4.211
120	Äquatorialguinea	42,8	87,0	58	20.510
121	Südafrika	47,0	82,4	77	11.192
123	Marokko	70,0	52,3	58	4.309
124	Gabun	54,0	71,0	72	6.623
125	Namibia	47,2	85,0	67	7.418
127	Sao Tomé u. Príncipe	63,2	83,1	63	1.231
131	Botswana	34,9	81,2	71	9.945
136	Ghana	57,0	57,9	47	2.240
140	Kongo	52,3	...	52	978
141	Sudan	56,5	60,9	37	1.949
143	Madagaskar	55,6	70,7	57	857
144	Kamerun	45,7	67,9	62	2.174
145	Uganda	48,4	66,8	66	1.478
146	Swasiland	31,3	79,6	58	5.638
147	Togo	54,5	53,2	55	1.536
149	Lesotho	35,2	82,2	66	2.619
151	Simbabwe	36,6	...	52	2.065
152	Kenia	47,5	73,6	60	1.140
153	Mauretanien	53,1	51,2	46	1.940
155	Gambia	56,1	...	50	1.991
156	Senegal	56,0	39,3	38	1.713
157	Eritrea	54,3	...	35	977
158	Ruanda	44,2	64,9	52	1.263
159	Nigeria	43,4	...	55	1.154
160	Guinea	53,9	29,5	42	2.180
161	Angola	41,0	67,4	26	2.180
162	Tansania	45,9	69,4	48	674
163	Benin	54,3	34,7	49	1.091
164	Elfenbeinküste	45,9	48,7	40	1.551
165	Sambia	37,7	68,0	54	943
166	Malawi	39,8	64,1	64	646
167	Dem. Rep. Kongo	43,5	67,2	27	705
168	Mosambik	41,6	...	49	1.237
169	Burundi	44,0	59,3	36	677
170	Äthiopien	47,0	...	36	756
171	Tschad	43,7	25,7	35	2.090
172	Zentralafrikan. Rep.	39,1	48,6	30	1.094
173	Guinea-Bissau	44,8	...	37	722
174	Burkina Faso	47,9	21,8	26	1.169
175	Mali	48,1	19,0	35	998
176	Sierra Leone	41,0	35,1	65	561
177	Niger	44,6	28,7	21	779

Der Human
Development Index
2006 für Afrika

WHI-Rang	Land	Welthunger-Index			
		1981	1992	1997	2003
6	Libyen	6,37	4,67	2,40	...
7	Tunesien	9,00	4,97	4,43	2,47
20	Mauritius	14,07	8,40	7,73	3,80
26	Ägypten	13,63	6,77	7,00	5,17
36	Marokko	13,70	7,13	7,40	6,42
37	Algerien	13,83	7,00	7,57	6,50
42	Südafrika	...	7,42	7,32	7,66
49	Gabun	16,17	13,50	10,83	9,00
60	Lesotho	18,87	16,13	14,57	12,80
65	Swasiland	...	11,17	14,00	14,87
66	Ghana	35,87	27,03	18,67	14,87
71	Namibia	18,19	23,03	22,32	17,50
73	Benin	29,00	19,30	20,97	17,77
74	Elfenbeinküste	13,03	14,10	17,43	18,13
76	Botswana	23,93	18,47	16,37	18,57
77	Uganda	24,63	21,83	21,73	18,63
78	Gambia	...	20,23	21,97	18,83
79	Nigeria	30,00	22,47	20,90	19,17
80	Kamerun	18,20	19,80	21,17	19,52
81	Mauretanien	30,30	27,60	17,43	20,03
82	Senegal	20,17	18,87	19,90	20,13
84	Dschibuti	...	32,09	24,45	20,90
85	Togo	23,90	23,63	21,23	21,10
86	Kenia	19,40	23,67	22,93	21,73
87	Guinea	27,00	28,53	24,64	21,73
90	Simbabwe	22,00	21,77	23,50	23,20
94	Malawi	25,40	33,30	30,47	25,40
95	Sudan	23,47	26,17	22,80	25,67
97	Burkina Faso	40,27	21,87	22,87	25,80
98	Guinea-Bissau	30,75	22,61	25,39	26,61
99	Ruanda	27,23	29,17	32,10	27,20
100	Tschad	42,17	36,40	35,87	27,33
101	Mali	41,43	25,27	31,97	28,07
103	Zentralafrikan. Rep.	31,63	33,20	30,50	28,43
104	Mosambik	41,57	47,00	34,97	28,83
106	Madagaskar	23,23	30,77	31,93	29,92
107	Tansania	22,33	27,53	31,63	29,97
110	Komoren	...	28,31	29,55	30,81
111	Sambia	21,77	31,17	30,57	31,77
112	Liberia	22,10	25,27	30,66	32,00
113	Angola	27,13	40,83	38,17	32,17
114	Niger	37,67	38,53	41,20	33,43
115	Sierra Leone	31,10	34,37	33,70	35,20
116	Äthiopien	39,20	46,31	41,72	36,70
117	Dem. Rep. Kongo	25,80	25,37	35,07	37,60
118	Eritrea	41,10	40,37
119	Burundi	27,73	32,27	39,71	42,70

Der Welthunger-Index 2006 für Afrika

Der WHI bewegt sich zwischen dem bestmöglichen Wert von 0 und dem schlechtesten von 100. Höhere Werte zeigen also mehr Hunger an, je niedriger der Wert, umso besser stehen die Länder da. WHI-Werte über 10 sind als bedenklich, Werte über 20 als kritisch und Werte über 30 als äußerst besorgniserregend einzustufen. *Weitere Informationen unter: www.welthungerhilfe.de*



**welt
hunger
hilfe**

Sparkasse KölnBonn
Konto 1115
BLZ 370 501 98

Deutsche Welthungerhilfe
Friedrich-Ebert-Str. 1
53173 Bonn
Telefon: +49 (0)2 28 - 22 88 - 0
Telefax: +49 (0)2 28 - 22 88 333
www.welthungerhilfe.de